

Manfred Zeidler · Kriegsende im Osten

Kriegsende im Osten

Die Rote Armee
und die Besetzung Deutschlands
östlich von Oder und Neiße
1944/45

Von Manfred Zeidler

im Auftrag der Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen Bonn

R. Oldenbourg Verlag München 1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zeidler, Manfred:

Kriegsende im Osten : die Rote Armee und die Besetzung
Deutschlands östlich von Oder und Neisse 1944/45 / von
Manfred Zeidler. Im Auftr. der Kulturstiftung der Deutschen
Vertriebenen, Bonn. – München : Oldenbourg, 1996

ISBN 3-486-56187-1

©1996 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagbild: Sowjetische Militärpolizistin vor der Schloßruine von Königsberg (aus: Sturm, Königsberga, Kaliningrad 1985).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56187-1

Dem Andenken Alexander Fischers

1933 - 1995

Inhalt

Vorbemerkung	9
1. Einleitung	11
2. Die Vorgeschichte der Oder-Neiße-Linie und des Vertreibungsgedankens im Rahmen der Diplomatiegeschichte des Zweiten Weltkriegs	23
2.1. Die schrittweise Aushöhlung der Prinzipien der Atlantikcharta seit dem Frühjahr 1942 in London und Washington	23
2.2. Grenz- und Umsiedlungspläne innerhalb des exilpolnischen und westalliierten Lagers bis zur Jalta-Konferenz	33
2.3. Stalin, die polnische Linke und die Grenzfrage bis zur Gründung des Lubliner Komitees	48
2.4. Das polnisch-sowjetische Grenzabkommen vom 27. Juli 1944 und die Propagierung der Oder-Neiße-Linie bis zur Potsdamer Konferenz	56
3. Planung und Ablauf der militärischen Operationen gegen das Reichsgebiet im letzten Kriegshalbjahr	67
3.1. Das Vorspiel: Memelland und Ostpreußen im Herbst 1944	67
3.2. Planung und strategische Vorgaben der Januaroffensive 1945 im Weichselbogen und in Ostpreußen	75
3.3. Der Ablauf der militärischen Geschehnisse von Mitte Januar bis Ende April 1945	83
3.4. Besondere Weisen des militärischen Vorgehens: Durchbruchstechniken - Sturmgruppentaktik - Häuserkampfvorschriften	95
4. Die Motivierung und politisch-psychologische Führung des Sowjetsoldaten im letzten Kriegsjahr	105
4.1. Die Verstärkung der parteipolitischen Arbeit in der Armee seit dem Frühjahr 1944 im Rahmen der Erweiterung des Kriegsziels	105
4.2. Die Rolle der Militärpresse innerhalb der politischen Agitationsarbeit: Der Fall Il'ja Erenburg	113
4.3. Die Aufrufe der Frontkriegsräte zur Januaroffensive 1945 und die Formen der Politarbeit an der Front	125

5.	Das Verhalten der Armee auf deutschem Boden und die Gegenmaßnahmen der Führung	135
5.1.	Haßgefühle und Rachebedürfnis unter den Rotarmisten und ihr Bild von den Lebensverhältnissen in Deutschland	135
5.2.	Das Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung. Täter - Opfer - Ursachen	143
5.3.	Die Gegenmaßnahmen der Führung und die Ausschaltung Il'ja Erenburgs im April 1945	155
6.	Die Rote Armee als Besatzungsmacht	168
6.1.	Die sowjetischen Militärkommandanturen und ihre Aufgaben	168
6.2.	Die Arbeit der NKVD-Organen. Kriegsgefangenen-, Internierungs- und Überprüfungs-lager	177
6.3.	Die wirtschaftliche Behandlung der besetzten Gebiete. Beuteerfassung - Reparationen - Demontagen	187
6.4.	Das Ende der sowjetischen Kommandanturen und der Übergang zur polnischen Verwaltung	200
7.	Zusammenfassung	207
8.	Abbildungen	212
9.	Verzeichnis der Abkürzungen	222
10.	Quellen und Literatur	224
11.	Register	243

VORBEMERKUNG

Deutsche und Russen blicken auf eine vielhundertjährige Beziehungsgeschichte zurück, die wie kaum die Geschichte zweier anderer europäischer Nationen Höhen und Tiefen aufweist. Genau ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des schrecklichsten aller Kriege in Europa gehört das hier behandelte Untersuchungsthema zusammen mit der deutschen Kriegs- und Besatzungspolitik in der Sowjetunion ab 1941 unverändert zu den dunkelsten und schmerzvollsten der gemeinsamen Vergangenheit beider Länder. Sein Schwerpunkt liegt auf einer Institution, deren Geschichte, insbesondere die ihres Opfers und Sieges im Zweiten Weltkrieg, in der Sowjetunion über gut vier Jahrzehnte zu den Traditionen von großer politischer Integrationskraft gehörte. Mehr noch als die Kommunistische Partei war es vor allem die Armee, die in Struktur, Traditionsbildung und propagiertem Selbstverständnis das schlechthin ‚Sowjetische‘ im Sinne eines übernational verstandenen Staatspatriotismus repräsentierte. Dementsprechend idealisiert war über lange Zeit ihre offizielle Geschichte, in der Heroismus und Vorbildhaftigkeit (russ. *primernost'*) dominierten, und die damit eine wichtige gesellschaftliche Funktion im Leben des Sowjetstaates erfüllte.

Mit der Neubewertung der eigenen Geschichte im Zeichen der *Perestrojka*, insbesondere seit der 19. Parteikonferenz der KPdSU vom Sommer 1988, begann auch in Moskau der unwiederbringliche Abschied von den heroisierten Geschichtsbildern der Vergangenheit.

Mit dem Ende des Sowjetstaats und dem Zusammenbruch des Machtmonopols der Kommunistischen Partei sind inzwischen auch dort die früher als ‚bürgerlich‘ apostrophierten Maßstäbe der um Objektivierung bemühten westlichen Wissenschaft anerkannt und stehen in einem pluralistischen Wettbewerb mit traditionellen oder konträren Auffassungen. So steht zu hoffen, daß mit der in Moskau vorbereiteten Neubearbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs auch der in dieser Studie behandelte Aspekt in der von ideologischer Bevormundung befreiten russischen Geschichtswissenschaft zu seinem Recht kommen wird.

Die vorliegende Studie ist das Resultat eines in den Jahren 1989 bis 1992 von der ‚Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen‘ getragenen wissenschaftlichen Projektes unter dem Arbeitstitel „Die Rote Armee in Ostdeutschland“. Leider war es zur damaligen Zeit nicht möglich, für das politisch wie psychologisch gleichermaßen heikle Thema Moskauer Archive zu benutzen, was zweifellos zu bedauern ist, jedoch angesichts der damaligen archivrechtlichen Situation in Rußland wie aufgrund des zur Verfügung stehenden materiellen Rahmens von vornherein in Kauf genommen werden mußte.

Mein erster Dank gilt dem bereits erwähnten Projektträger, der ‚Kultur-
stiftung der deutschen Vertriebenen‘ in Bonn, für ihre materielle und tech-
nische Unterstützung sowie für die gezeigte Großzügigkeit und Geduld.
Der Autor dankt des weiteren einer Reihe von Personen und Institutionen.
Zunächst den benutzten Archiven, deren Hilfs- und Kooperationsbereit-
schaft er gefunden hat: dem Bundesarchiv Koblenz, dem Bundesarchiv-Mili-
tärarchiv Freiburg, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn
und dem Institut für Zeitgeschichte in München. Auch einige wichtige
Bibliotheken wie die Bayerische Staatsbibliothek, die Deutsche Bibliothek
in Frankfurt a.M. und die Londoner Colindale Library seien, ebenso wie
das Kölner ‚Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Stu-
dien‘, an dieser Stelle nicht vergessen. Dank schulde ich ebenso den Herren
Harald Berwanger, M.A. und Ralf Stettner, M.A., die im Koblenzer Bundes-
archiv die zahllosen Kreis- und Gemeindeschicksalsberichte der Ostdoku-
mentation 1 ausgewertet und damit eine wichtige Arbeit für die quantitative
Absicherung der Studie und ihrer Aussagen geleistet haben. Nicht verges-
sen sei auch Frau Renate Horst vom Bonner Seminar, die die erste Manu-
skriptfassung getippt hat.

Die Studie ist entstanden im Rahmen einer engen Zusammenarbeit mit
dem Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn. Die
verantwortliche Projektleitung lag in den Händen seines Direktors, Herrn
Prof. Dr. Alexander Fischer, dessen allzu früher Tod im Juni dieses Jahres
es leider verhindert hat, daß er das Ergebnis der Arbeit selbst noch in
Empfang nehmen konnte. Als ein Ausdruck des Dankes für die stete Anre-
gung und Förderung sowie seine immer präsen- te hilfreiche Hand sei das
Buch seinem Andenken gewidmet.

Dresden im September 1995

Manfred Zeidler

1. Einleitung

Das Thema der vorliegenden Studie ist auch heute noch, bald ein halbes Jahrhundert nach den hier behandelten Vorgängen, im Verhältnis zwischen Deutschen und Russen von traumatischen Erinnerungen belastet.

Es steht für jedes einsichtige historische Urteil außer Frage, welche Seite im Verhältnis der beiden Länder und Völker die verhängnisvolle Lawine von Gewalt und Gegengewalt angestoßen und damit dem Zweiten Weltkrieg namentlich im Osten Europas sein weit über die bis dahin gewohnten ‚klassischen‘ Formen der Kriegführung hinausgehendes, unmenschliches Gesicht gegeben hat. „Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden“ (Richard von Weizsäcker).¹ Die einmal entzündete Flamme des Hasses und der Gewalt ist auch auf Deutschland und seine Bevölkerung zurückgeschlagen und hat schmerzliche, nur schwer vernarbende Wunden zurückgelassen, die das Bild von Russen und Polen in den Augen vieler Deutscher in der Nachkriegszeit nachhaltig geprägt haben. „Es sind schreckliche Dinge geschehen, vor allem in den polnischen Gebieten, Ostpreußen, in Schlesien, Quälereien und Vergewaltigungen, wie wir sie vor den Erfahrungen der Hitlerzeit nicht für möglich gehalten hätten“, schrieb im Frühjahr 1947 der katholische Publizist Walter Dirks in den ‚Frankfurter Heften‘ und fuhr fort: „Wir verstehen die unmittelbare Reaktion der unmittelbar Betroffenen: sie heißt Rache und Haß. Nicht jeder ist imstande, das qualvolle und schändliche Sterben seiner nächsten Angehörigen, unschuldiger friedlicher Menschen, in das Gesetz der Geschichte einzuordnen, zu begreifen und zu verstehen; nicht jeder, auch nicht jeder Christ, hat die christliche Kraft, über alles Begreifen hinaus zu verzeihen.“²

Schon anderthalb Jahre zuvor hatte der polnisch-englische Publizist Isaac Deutscher Anfang Oktober 1945 in der Londoner Sonntagszeitung ‚The Observer‘ geschrieben: „Wenn der zukünftige Historiker sich mit der Nachernte dieses Krieges befassen wird, wird er erstaunt vor dem Rätsel des ungeheueren Ausmaßes von Plünderungen und Gewalttaten stehen, organisierten und spontanen, offiziellen, offenen und versteckten, die während der letzten Monate vorgekommen sind. Keine Armee der Alliierten kann behaupten, daß sie nicht von diesem zweifelhaften ‚Recht des Siegers‘

¹ Richard v. Weizsäcker, Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, Bonn 1985, S. 8.

² Walter Dirks und Eugen Kogon, Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das Deutsch-Polnische Problem, in: Frankfurter Hefte, 2. Jg. (1947), S. 470-487, hier S. 471

Gebrauch gemacht hätte.“ Jede der Siegernationen, so Deutscher weiter, hätte „ihren eigenen Stil bei dem Plünderungsfest“ besessen: „Die britischen Truppen verfuhrten mild und ruhig. Sie behandelten Deutschland wie ein etwas exotisches ‚Wirtshaus‘, in dem sie gerade ihre Siegesfeier abhielten [...] Die amerikanische Plünderung glich mehr einer fieberhaften Jagd nach Andenken. Hätte der Reichstag auf eine tragbare Größe reduziert werden können, so wäre das berühmte Gebäude längst in einem Jeep von seinem Standort an der Spree abtransportiert worden [...] Die Russen sind dagegen wie hungrige Heuschreckenschwärme nach Deutschland gekommen. Sie sind auch mit dem Gefühl gekommen, daß sie sich zurückholen würden, was die Deutschen ihnen geraubt hatten. Und auch unabhängig davon ist es eine Tatsache, daß der Inhalt eines gewöhnlichen deutschen Kleiderschranks noch jeden russischen Soldaten wie ein orientalischer Schatz blendet.“

In einem anderen Beitrag für den ‚Economist‘ vom selben Monat sprach Deutscher von einer „Racheorgie“, in deren Zeichen „die ersten Wochen und Monate der russischen Besetzung“ gestanden hätten, und fuhr fort: „Fast vier Jahre lang war der russische Soldat mit den grimmigen Worten ‚Tod den deutschen Eindringlingen‘ in den Kampf gezogen. Diese Worte, die noch in seinen Ohren klangen, waren in den Tagesbefehlen Stalins täglich wiederholt worden, und sie machten keinen Unterschied zwischen Nazis und anderen Deutschen. Für den russischen Soldaten war jeder Bauernhof auf dem Weg nach Berlin ‚die Höhle einer faschistischen Bestie‘. Jede Kuh war eine faschistische Kuh [...] Für einen deutschen Zivilisten bedeuteten diese Besatzungsmonate das völlige Fehlen jedes Gefühls persönlicher Sicherheit.“³

Zumindest jedem Deutschen der älteren Generation sind jene Vorgänge und Begleitumstände ein Begriff, unter denen in den Monaten des Winters und Frühjahrs 1945 der Einmarsch der Roten Armee auf das Territorium Deutschlands erfolgte. Der Journalist Robert Jungk schrieb 1945 in der Zürcher ‚Weltwoche‘ von den Gebieten östlich von Oder und Neiße als von einem „Totenland“, einem „Land ohne Sicherheit und ohne Gesetz“ mit einer vogelfreien deutschen Bevölkerung, das durch einen zweiten ‚Eisernen Vorhang‘ von Europa abgetrennt sei. Der amerikanische Diplomat George Kennan beschrieb seine unmittelbaren Nachkriegseindrücke von Ostpreußen als die „eines vollständig in Trümmern liegenden und verlassenen Gebietes: von einem Ende bis zum anderen kaum ein Zeichen von Leben“.⁴

³ Zitiert nach: Isaac Deutscher, Reportagen aus Nachkriegsdeutschland. Mit einem Vorwort von Tamara Deutscher, Hamburg 1980, S. 122 f. u. 129 f.

⁴ Robert Jungk, Aus einem Totenland, in: Weltwoche, 13. Jg. (1945), Nr. 527, S. 9. George Kennan, Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950, Stuttgart 1968, S. 269.

Die sowjetischen Darstellungen zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und besonders die seit den sechziger Jahren in großer Zahl erschienenen Kriegserinnerungen hoher Offiziere sprechen, soweit sie dieses Thema überhaupt berühren, von einem durchgehend humanen Verhalten der eigenen Soldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung. So hieß es etwa in der 1970 erschienenen Truppengeschichte einer Schützendivision der 2. Weißrussischen Front aus der Feder ihres damaligen Kommandeurs: „Zur friedlichen Bevölkerung genauso wie gegenüber in Gefangenschaft geratenen Soldaten verhielten sich unsere Leute human, wie es sich für die Kämpfer einer Befreiungsarmee gehörte.“⁵ Andere russische Zeugen und Beteiligte wie Lev Kopelev oder Aleksandr Solženicyn, die beide im Jahre 1945 als Offiziere in der zur 2. Weißrussischen Front gehörenden 48. Armee auf dem ostpreußischen Kriegsschauplatz dienten, haben später aus ihrer Erinnerung eine ganz andere Wirklichkeit beschrieben.⁶

Neben dem vieltausendfachen Zeugenschrifttum der verschiedenen Ostdokumentationen des Koblenzer Bundesarchivs existiert in der Bundesrepublik eine Fülle von Literatur aus den letzten vier Jahrzehnten, die sich der Aufarbeitung und Dokumentation dieser Vorgänge gewidmet hat. Die meisten dieser Darstellungen beschränken sich weitgehend darauf, durch eine Aufzählung der zahllosen Schreckensereignisse und ihre Dokumentation anhand möglichst eindrucksvoller und z.T. erschütternder Aussagen von Zeugen und Betroffenen die Leiden der deutschen Bevölkerung und die Grausamkeit der Sieger aufzuzeigen.⁷ Tiefergehende Fragen nach den Voraussetzungen, Hintergründen oder Ursachen dieser Vorgänge sind dagegen nur selten oder eher am Rande behandelt worden. Der Historiker kann sich jedoch – insbesondere nach dem inzwischen erreichten Zeitabstand von einem halben Jahrhundert – nicht mit der Auflistung und Dokumentation von Phänomenen begnügen, sondern muß zumindest den Versuch wagen, hinter der fast unüberschaubaren Fülle von chaotischen und z.T. sinnlos erscheinenden Einzelvorgängen nach einer, vielleicht vorhandenen, leitenden Intention zu fragen.

Bislang gab es in derjenigen deutschsprachigen Literatur, die sich mit wissenschaftlichem Anspruch dieses Themas angenommen hat, im wesentlichen drei Erklärungsmuster für das Verhalten der Sowjetsoldaten gegenüber

⁵ S. N. Borščev, *Ot Nevy do El'by*, Leningrad 1970, S. 307. Siehe auch I. I. Ljudnikov, *Doroga dlinoju v žizn'*, Moskau 1969, S. 147.

⁶ Lev Kopelev, *Chranit' večno*, Ann Arbor 1975, dt.: *Aufbewahren für alle Zeit!*, Hamburg 1976. Aleksandr Solženicyn, *Prusskie noči*, Paris 1974, dt.: *Ostpreußische Nächte: eine Dichtung in Versen*. Aus dem Russischen übertragen von Nikolaus Ehlert, Darmstadt, Neuwied 1976. Ders., *Archipelag GULag g. 1918-1956. Opyt chudožestvennogo issledovanija*, Bd. I, Paris 1973, dt.: *Der Archipel Gulag. 1918-1956. Versuch einer künstlerischen Bewältigung*, Bern/München 1974, S. 32 f.

⁷ Zu dieser Literatur siehe die Anm. 13.

der deutschen Bevölkerung im Osten. Das erste, im Kern individualpsychologische Erklärungsmodell, wie es u.a. von dem amerikanischen Völkerrechtler und Zeithistoriker Alfred M. de Zayas zugrunde gelegt wurde, deutete die Vorgänge großteils als „ein[en] Ausbruch der Rache für die Greuel, die SS und Einsatzgruppen in der Sowjetunion begangen hatten“. Hinzu komme die verstärkende Wirkung der Kriegspublizistik des Schriftstellers Il'ja Erenburg, die als ein wirkungsvoller Multiplikator den mehr oder weniger spontanen Exzeßstaten zu Massencharakter verholfen habe.⁸

Einen eher strukturellen Gesichtspunkt präsentierte in einem akademischen Vortrag vom Frühjahr 1985 der Kölner Historiker Andreas Hillgruber, als er unter Hinweis auf ähnliche Ausschreitungen der Roten Armee beim Einmarsch in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien in den Jahren 1944 und 1945 „sowjetische Kriegsvorstellungen, die in der stalinistischen Epoche offensichtlich allgemein solch barbarische Züge annahmen“, als Ursache sah. Damit wiederholte er im Grunde ein Urteil des britischen Militärgeschichtlers Albert Seaton aus den frühen siebziger Jahren, wonach die der deutschen Bevölkerung gegenüber betriebene „Politik des Schreckens [...] auf emotionale und materielle Umstände gründete und bezeichnend für die Diktatur war, die sie anordnete“.⁹

Eher politische Hintergründe vermutet dagegen das dritte Erklärungsmodell, das neben dem Juristen Wilfried Ahrens vor allem Karl Friedrich Grau in seiner Dokumentation ‚Schlesisches Inferno‘ aus dem Jahre 1966 entwickelt hat.¹⁰ Von der Annahme ausgehend, daß Haß- und Rachegefühle in einem totalitären System wie dem stalinistischen steuerbar waren und der Feststellung, daß ein signifikant unterschiedliches Verhalten der sowjeti-

⁸ Alfred M. de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, München 1980 S. 84 f. u. 89.

⁹ Andreas Hillgruber, *Der Zusammenbruch im Osten 1944/45 als Problem der deutschen Nationalgeschichte und der europäischen Geschichte*, Opladen 1985, S. 16. Vgl. dazu Albert Seaton, *Der russisch-deutsche Krieg 1941-1945*, hg. von Andreas Hillgruber, Frankfurt a.M. 1973, S. 422.

¹⁰ Wilfried Ahrens (Hg.), *Verbrechen an Deutschen. Die Opfer im Osten*, Huglfing 1975; ders., *Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung*, o.O. 1983. Im folgenden nach Karl Friedrich Grau, *Schlesisches Inferno. Kriegsverbrechen der Roten Armee beim Einbruch in Schlesien 1945*, Stuttgart 1966, S. 117 f. Herbert Mitzka bekräftigte zwei Jahrzehnte später Graus These ohne Einschränkung: „Daß diese Plünderungen, Brandschatzungen, Vergewaltigungen und Deportationen in Ostdeutschland von Januar bis zum Sommer 1945 aus einem politischen Kalkül heraus von der sowjetischen Führung bewußt gewollt worden waren, geht auch daraus hervor, daß sie nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht Anfang Mai 1945 in Mitteldeutschland schlagartig aufhörten.“ Herbert Mitzka, *Zur Geschichte der Massendeportationen von Ostdeutschen in die Sowjetunion im Jahre 1945. Ein historisch-politischer Beitrag*, Einhausen 1985, S. 38. Dagegen bestreift Albert Seaton, wie Anm. 9, eher die von Grau vertretene Behauptung: „Denn die Sowjets verübten die gleichen Greuelthaten auch in dem Gebiet bis zur Elbe, und zwar noch Wochen und Monate nach Kriegsende.“

schen Soldaten längs einer klar erkennbaren Scheidelinie zu beobachten ist, stellte Grau die Frage nach den möglichen politischen Ursachen dafür. „Ist die statistisch belegbare Scheidelinie zwischen den beiden so kraß unterschiedlichen Verhaltensweisen sowjetischer Soldaten und Offiziere“, so fragte Grau, „nur zufällig identisch mit dem Verlauf der wenig später offiziell gezogenen, laut Potsdamer Abkommen vorläufigen neuen deutschen Ostgrenze, der sogenannten Oder-Neiße-Linie?“ Auf seinen schlesischen Untersuchungsgegenstand konzentriert, fragte er weiter: „Waren die unzähligen [...] Verbrechen an der zurückgebliebenen und überrollten schlesischen Bevölkerung allein auf den elementaren Ausbruch lange aufgestauten und durch zielbewußte Propaganda ständig geschürten Hasses zurückzuführen? Waren die Massenexzesse einzig Ausdruck einer immerhin verständlichen allgemeinen Erbitterung der sowjetischen Völker während der deutschen Besetzung [...] oder hatte die Entfesselung eines Pandämoniums wilder Urinstinkte und seine offensichtliche Duldung durch die sowjetische Führung gerade in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands andere Ursachen?“

Grau kam zu dem Ergebnis, „daß die scharfe Trennungslinie zwischen Massenbarbarei und relativ gemäßigten Ausschreitungen in geographischer Hinsicht keine zufällige gewesen sein kann“. „Die Tatsache“, so der Autor weiter, „daß die Flut erst nach Überschreitung der Lausitzer Neiße und dann zudem abrupt abebbt, obgleich der gesamte Raum in kürzester Zeit und von den gleichen Einheiten besetzt wurde, läßt nur zwei Schlußfolgerungen zu:

1. Die geographische Übereinstimmung der Scheidelinie zwischen den Verhaltensweisen der Roten Armee mit dem Verlauf der in Potsdam festgelegten vorläufigen deutschen Ostgrenze beruht nicht auf einem Zufall.

2. Die sowjetische politische und militärische Führung war sehr wohl in der Lage, bestimmte Verhaltensweisen der sowjetischen Truppen in kürzester Frist einschneidend zu ändern.“

So problematisch und mit präzisen quantitativen Daten schwer zu beweisen Graus Behauptung von einer „statistisch belegbaren Scheidelinie [...] kraß unterschiedlicher Verhaltensweisen“ sein mag, so sehr erfuhr doch seine daran geknüpften Vermutung, „daß die endgültige Abtrennung der deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße [...] auf sowjetischer Seite von vornherein beschlossene Sache gewesen sein muß“, schon kurz darauf eine glänzende Bestätigung. 1967, nur ein Jahr später, veröffentlichte die Polnische Akademie der Wissenschaften in einer von dem Warschauer Zeithistoriker Euzebiusz Basiński besorgten Quellenedition jenen 23 Jahre lang geheimgehaltenen Vertrag der Sowjetregierung mit dem prosowjetischen ‚Lubliner Komitee‘ vom 27. Juli 1944 über die Oder-Neiße-Linie als der

zukünftigen polnischen Westgrenze.¹¹ Damit war klar, daß bereits ein gutes Jahr vor der offiziellen Erklärung der Potsdamer Konferenz sich die Sowjetregierung hinsichtlich der Zukunft der deutschen Ostgebiete politisch gebunden hatte und von diesem Zeitpunkt an das Problem im Raume stand, ca. zehn Millionen Deutsche aus den Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße zu entfernen. Gewisse Äußerungen Stalins auf der Konferenz von Jalta wie auch noch in Potsdam, wonach die an Polen zu übergebenden Gebiete nicht mehr zu Deutschland gehörten, weil sie von den Deutschen selbst nahezu vollständig verlassen würden („Wo unsere Truppen hinkommen, da laufen die Deutschen weg“¹²), mögen die Richtung andeuten, in der man sich damals in Moskau die Lösung dieses Problems gedacht hat.

Schon Martin Broszat hatte 1954 in seiner einleitenden Darstellung zum ersten Band der großen Vertreibungsdokumentation des Bundesvertriebenenministeriums den Gedanken eines intendierten Bevölkerungstransfers durch Flucht – aufgrund der damals noch höchst schmalen Quellengrundlage nur andeutungsweise – in den Raum gestellt, als er die Vermutung zum Ausdruck brachte, „daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde“.¹³

Der schreckliche Terminus der „ethnischen Säuberungen“ ist gerade in unseren Tagen mit Blick auf Südosteuropa in aller Munde. Direkt vor unserer Haustür erleben wir eine Demonstration, wie und mit welchen Mitteln militärische Handlungen große Bevölkerungsverschiebungen zum Ziel haben können. Waren im traditionellen Verständnis von Krieg und Kriegführung Flüchtlingsströme der Zivilbevölkerung stets nur die Begleiterscheinung militärischer Operationen, so sehen wir heute Formen des militärischen Vorgehens, die zivile Fluchtbewegungen, ihre Auslösung und Verstärkung mit voller Absicht betreiben. Dies geschieht vor allem dann, wenn über die betroffenen Gebiete und Territorien vor deren Besetzung politisch bereits entschieden wurde. Dadurch sind militärische und politische Kriegsziele aufs engste miteinander verflochten und werden auf Kosten der Bevöl-

¹¹ Stosunki polsko-radzieckie w latach 1917-1945. Dokumenty i materiały (Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1917-1945. Dokumente und Materialien), hg. von der Abteilung für die Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Redaktion T. Cieślak, bearb. von E. Basiński, Warschau 1967, Dok. Nr. 135, S. 399-401.

¹² J. F. Byrnes, *Speaking Frankly*, New York – London 1947, dt.: *In aller Offenheit*, Frankfurt a.M. 1949, S. 49. Dazu auch unten, Kap. 2.4., Anm. 41 u. 42.

¹³ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bd. 1 (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bd. I/1), S. 138E (vollst. bibliographische Angabe siehe Anm. 17).

kerung nahezu gleichzeitig verfolgt. Der Blick zurück auf den deutschen Osten im Winter 1944/45 zeigt eine vergleichbare Konstellation. Über das Schicksal der betreffenden Gebiete war lange vor ihrer militärischen Besetzung bereits eine politische Übereinkunft erzielt worden, für deren endgültige Durchsetzung auf internationaler Ebene es am günstigsten war, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Zur Auslösung von Fluchtbewegungen großen Maßstabes bedarf es gewisser ‚Signalereignisse‘, die ein Fanal mit starker emotionaler Massenwirkung darstellen. Als ein solches Fanal wirkten objektiv die blutigen und grausamen Vorfälle, die mit dem Namen der ostpreußischen Landgemeinde Nemmersdorf in den Tagen des ersten Zusammentreffens sowjetischer Truppen mit deutscher Zivilbevölkerung im Oktober 1944 verbunden sind. Daß dieses Ereignis für die gesamte Bevölkerung des deutschen Ostens, nach Alfred de Zayas Worten, „zum Inbegriff unaussprechlicher Angst“ wurde und so „für die Geschichte der deutschen Fluchtbewegung eine wichtige Rolle“ spielte, darf als unbestritten gelten.¹⁴ Offen bleibt dagegen bis heute die Frage, inwieweit auch subjektiv, d.h. möglicherweise vor dem Hintergrund politischer Intentionen, Nemmersdorfs Rolle und Bedeutung zu verstehen ist. Der besondere Signalcharakter gerade dieses Ereignisses für die späteren spontanen oder organisierten Fluchtbewegungen führt zugespitzt zu der Frage, ob hierbei eine mehr oder weniger spontane Exzeßtat mit psychologischem Hintergrund oder eine wohlbeabsichtigte Inszenierung vorgelegen hat. Mögen Intentionen Moskaus zur Auslösung einer großen Fluchtbewegung unter der deutschen Zivilbevölkerung dahintergestanden haben oder nicht – in jedem Falle hat die NS-Propaganda mit ihrem Versuch, durch eine weite publizistische Verbreitung die Nemmersdorfer Vorgänge zur Verstärkung des deutschen Widerstandswillens auszunutzen, genau das bewirkt, was den objektiven Bedürfnissen Moskaus und seiner polnischen Verbündeten entsprach: die Entvölkerung der deutschen Ostgebiete wurde durch eine große Fluchtbewegung den Deutschen weitgehend selbst überlassen.

Die vorliegende Studie widmet sich in starkem Maße dieser Frage, ohne sie zum heutigen Zeitpunkt, da die sowjetischen Archivmaterialien politischer und militärischer Provenienz erst langsam und zögerlich an die Öffentlichkeit kommen, entscheiden zu können. Auch geht sie über diesen Punkt hinaus und behandelt im Detail die Vorgeschichte der Oder-Neiße-Linie und des Vertreibungsgedankens innerhalb der Diplomatiegeschichte der ‚Anti-Hitler-Koalition‘, die Planung und den Ablauf der militärischen Operationen der Roten Armee auf deutschem Boden vom Oktober 1944 an sowie die

¹⁴ de Zayas, wie Anm. 8, S. 80. Vgl. auch Christian Graf Krockow, *Die Stunde der Frauen. Bericht aus Pommern 1944 bis 1947*, Stuttgart 1988, S. 60.

taktischen Grundvorstellungen und für die letzte Kriegsphase typischen militärischen Vorgehensweisen der Sowjets, soweit diese für die Geschehnisse in den deutschen Ostgebieten von Bedeutung waren. Ihr Schwerpunkt liegt auf jenen Kapiteln, die sich mit der politisch-propagandistischen Arbeit innerhalb der Sowjetstreitkräfte und deren Auswirkungen auf die Masse der Soldaten in ihrem realen Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung beschäftigen. Die Gegenmaßnahmen der Führung, die sich schließlich unter dem Eindruck der alle Zügel der Disziplin zu zerreißen drohenden Gewalt zu einer propagandistischen Kurskorrektur entschloß, sowie die vergleichsweise kurze administrative Tätigkeit der Roten Armee als Besatzungsmacht bilden einen weiteren Gegenstand der Studie. Auch die wirtschaftliche Behandlung der Gebiete östlich von Oder und Neiße mit ihren unterschiedlichsten Aspekten, bis hin zur Internierung und Deportation von ‚reparationsverschleppten‘ Zivilisten, wurde in die Untersuchung einbezogen. Kurzum: es geht um alle relevanten Lebens- und Erfahrungsbereiche, die im Zusammenhang mit dem Auftreten der sowjetischen Sieger- und Besatzungsmacht für die deutsche Bevölkerung in der untersuchten Region von Bedeutung waren.

Die Perspektive der Darstellung ist, wie der Leser feststellen wird, vom zu Grunde gelegten sowjetischen Material her gewählt. Es ging nicht darum, im Detail die Eindrücke, Erfahrungen und Leiden der deutschen Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen, sondern – dem Thema gemäß – die Rote Armee, ihre Soldaten und Offiziere, ihren politisch-propagandistischen Apparat und ihre inneren Verhältnisse. Letzteres erscheint nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die zahlreichen deutschen Zeugenberichte im Schrifttum der Ostdokumentationen des Bundesarchivs vielfach Angaben enthalten, die offenkundig tradierte, häufig auch stark klischeehafte Vorstellungen von den sowjetischen politischen und militärischen Verhältnissen widerspiegeln (Militärkolchosen, rote Kosaken, GPU, Kommissare etc.). Dies stellt ihre grundsätzliche Glaubwürdigkeit gewiß nicht in Frage, doch bedarf es gerade hier häufig jenes Korrektivs in der Sache, das der Historiker von heute mit seinem Wissen um die inneren sowjetischen Verhältnisse jener Zeit zur Verfügung stellen kann.

Der Problematik des Themas entspricht eine ebenso schwierige Quellenlage.

Aufgrund des Zusammenbruchs der deutschen Verwaltung unter den chaotischen Verhältnissen des Kriegsendes in den Ostgebieten gibt es nur wenige amtliche Dokumente staatlicher Verwaltungsstellen über die Vorgänge in dieser Region. Dementsprechend bilden die militärischen Quellenbestände des Bundesarchiv-Militärarchivs in Freiburg, insbesondere die im Bestand der Abteilung Fremde Heere Ost beim Generalstab des Heeres verwahrten Dokumente (BA-MA, RH 2), die wichtigste Quellengruppe des

amtlichen Schrifttums staatlicher Provenienz. Von großer Bedeutung sind ebenso eine Reihe von Zeitungsbeständen wie die Ausgaben der ‚Pravda‘ (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln) und der ‚Krasnaja Zvezda‘ (KZ) (Colindale Library, London) aus dem letzten Kriegshalbjahr sowie die Ausgaben der während des Krieges von der Presseabteilung der Londoner Sowjetbotschaft herausgegebenen ‚Soviet War News‘ (SWN) (Seminar für Osteuropäische Geschichte, Frankfurt a.M.). Auch die umfangreichen polnisch-sowjetischen Quelleneditionen der siebziger Jahre zu den gemeinsamen Beziehungen seit 1917 stellen für die diplomatiegeschichtliche Seite des Themas eine wichtige Quelle dar.¹⁵ Hinzu kommen ein gutes Dutzend sowjetischer militärwissenschaftlicher Werke und Spezialstudien zu den Einzeloperationen des Zweiten Weltkriegs und über hundert militärische Memoiren und truppengeschichtliche Darstellungen mit Erinnerungscharakter.

Von den originär deutschen Materialien nichtmilitärischer Provenienz wurden vor allem die verschiedenen Ostdokumentationen des Koblenzer Bundesarchivs (BA) mit ihrem umfangreichen Zeugenschrifttum herangezogen und im Rahmen des Möglichen ausgewertet. Dazu kamen die Akten des Bestandes Völkerrecht/Kriegsrecht (VR-KR 82/8) aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn (PA-AA), die das amtliche deutsche Untersuchungsmaterial über die Nemmersdorfer Vorgänge vom Oktober 1944 bergen, wie auch ergänzende Mikrofilm-Dokumente aus dem Münchener Institut für Zeitgeschichte (IfZ). Besonders bei den Ostdokumentationen des Bundesarchivs, die allein mit ihren gut 18 000 auf Fragebogen Grundlage erarbeiteten ‚Gemeindeschicksalsberichten‘ das Schicksal von rund 82 Prozent aller deutschen Gemeinden östlich von Oder und Neiße einschließlich Danzigs, Westpreußens und des Warthelands behandeln, konnte nur ein Bruchteil der insgesamt geleisteten Auswertungsarbeit in die unmittelbare Darstellung einfließen.

Von der deutschsprachigen Literatur seien nur die wichtigsten Darstellungen zu den einzelnen Kriegsschauplätzen im Osten genannt. Dazu gehören die Arbeiten von Friedrich Hoßbach, Otto Lasch und Dieckert/Großmann für Ostpreußen, Hans v. Ahlfen und Georg Gunter über Schlesien, Erich Murawski und Helmut Lindenblatt über Pommern sowie Karl Hielcher über Ostbrandenburg; dazu die regional übergreifenden Darstellungen von Jürgen Thorwald, Werner Haupt und Heinz Magenheimer. Besondere Beachtung unter der militärgeschichtlichen Literatur verdient die 1991 erschienene und inzwischen auch in deutscher Übersetzung vorliegende Studie Christopher Duffys über die Kriegführung der Roten Armee auf deut-

¹⁵ Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenij (DMISPO), Bd. VII: janvar' 1939 g – dekabr' 1943 g, Bd. VIII: janvar' 1944 g – dekabr' 1945 g, Moskau 1973/74.

schem Boden 1945, die in Aufbau und Systematik dem Ansatz der hier vorgelegten Arbeit am ähnlichsten ist. Gleiches gilt auch für die erst allernächst veröffentlichte Publikation eines anderen britischen Militärhistorikers, Tony Le Tissiers Studie zum selben Thema.¹⁶

Unter der Literatur, die sich dem Schicksal der geflohenen oder zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung widmet, verdienen die dokumentarischen Arbeiten von Johannes Kaps, Rolf Becker, Wolfgang Schwarz und Karl Friedrich Grau über Schlesien, desgleichen Edgar Lass über Ost- und Hans-Jürgen von Wilckens über Westpreußen sowie Peter Poralla über Danzig und Hans Edgar Jahn über Pommern Erwähnung. Übergreifend sei hier auf die drei ersten Bände der großen Vertreibungsdokumentation des Bundesvertriebenenministeriums aus den fünfziger Jahren sowie den abschließenden Bericht des Bundesarchivs zur „Dokumentation von Vertreibungsverbrechen“ vom Mai 1974 verwiesen.¹⁷ Eine in manchen Detailbeobach-

¹⁶ Friedrich Hoßbach, Schlacht um Ostpreußen, Überlingen/Bodensee 1951; Otto Lasch, So fiel Königsberg. Kampf und Untergang von Ostpreußens Hauptstadt, München 1958; Kurt Dieckert/Horst Grossmann, Der Kampf um Ostpreußen, Stuttgart 1976; Hans von Ahlfen, Der Kampf um Schlesien 1944-1945, Stuttgart 1976; Georg Gunter, Letzter Lorbeer. Vorgeschichte. Geschichte der Kämpfe in Oberschlesien von Januar bis Mai 1945, Dülmen 1986; Erich Murawski, Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee, Boppard 1969; Helmut Lindenblatt, Pommern 1945. Eins der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches, Leer 1984; Karl Hielscher, Das Kriegsende 1945 im Westteil des Warthelands und im Osten der Neumark, in: ZfO, Jg. 34 (1985), S. 211-248; Jürgen Thorwald, Es begann an der Weichsel, Gütersloh 1959; Werner Haupt, Das Ende im Osten, Friedberg-Dorheim 1970; ders., Als die Rote Armee nach Deutschland kam. Die Kämpfe in Ostpreußen, Schlesien und Pommern 1944/45, Friedberg-Dorheim o.J.; Heinz Magenheimer, Abwehrschlacht an der Weichsel 1945. Vorbereitung, Ablauf, Erfahrungen, Freiburg 1976; Christopher Duffy, Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945, München 1994; Tony Le Tissier, Durchbruch an der Oder. Der Vormarsch der Roten Armee 1945, Frankfurt a.M.-Berlin 1995.

¹⁷ Johannes Kaps, Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten, München 1952/53; Rolf Becker, Niederschlesien 1945. Die Flucht – die Besetzung, Bad Nauheim 1965; Wolfgang Schwarz, Die Flucht und Vertreibung. Oberschlesien 1945/46, Bad Nauheim 1965; Karl Friedrich Grau, Schinesisches Inferno. Kriegsverbrechen der Roten Armee beim Einbruch in Schlesien 1945. Eine Dokumentation, eingeleitet von Professor Ernst Deuerlein, Stuttgart 1966 (vgl. Anm. 10); Edgar Günther Lass, Die Flucht. Ostpreußen 1944/45, Bad Nauheim 1964, Hans Jürgen von Wilckens, Die große Not. Danzig-Westpreußen 1945, Münster 1981; Peter Poralla, Unvergänglicher Schmerz. Ein Protokoll der Geschichte. Danzigs Schicksalsjahr 1945, Freiburg 1987; Hans Edgar Jahn, Pommersche Passion, Preetz/Holst. 1964; Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bd. 1-3 (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels bearbeitet von Theodor Schieder. Hg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bd. I, 1-3), Bonn 1954-1960 (vgl. Anm. 13); Dokumentation von Vertreibungsverbrechen (Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 zum Erlaß des Bundesministers des Innern vom 16. Juli 1969) in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, hg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989.

tungen nicht uninteressante Parallele bietet die Studie des polnisch-amerikanischen Historikers Jan T. Gross über die Vorgänge beim Einmarsch der Roten Armee in die ostpolnischen Gebiete im Herbst des Jahres 1939. Ähnliches läßt sich über das 1953 von regierungsamtlicher Seite in Belgrad erstellte, jedoch offiziell nie publizierte Weißbuch „Zločinstva pod plaštom Socijalizma“ (Untaten unter dem Mantel des Sozialismus) über die Vorfälle beim sowjetischen Einmarsch in Jugoslawien sagen.¹⁸

Eine dritte wesentliche Literaturgruppe umfaßt die wichtigsten neueren Untersuchungen zur Diplomatiegeschichte des Zweiten Weltkriegs und insbesondere zu den politischen Beziehungen innerhalb der alliierten Kriegskoalition, soweit sie das Problem der Nachkriegsgrenzen und die Vorgeschichte des Vertreibungsgedankens betreffen. Hier seien stellvertretend für viele Detailuntersuchungen aus neuerer Zeit die Arbeiten von Detlef Brandes, Josef Foschepoth, Lothar Kettenacker sowie Albrecht Tyrell und Alfred M. de Zayas genannt; hinzu kommen unter den zentralen Quellenpublikationen die ‚Dokumente zur Deutschlandpolitik‘ (DDP) der Reihe I für die Jahre 1939 bis 1945 und die bereits 1956 von Gotthold Rhode und Wolfgang Wagner herausgegebene Dokumentensammlung zur Entstehungsgeschichte der Oder-Neiße-Linie.¹⁹ Zu diesem Komplex gehört auch die inzwischen recht reichhaltige Literatur zum polnisch-sowjetischen Verhältnis während der Kriegsjahre, für die stellvertretend die wichtigen

¹⁸ Jan T. Gross, *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton 1988, dt.: *Und wehe, du hoffst ... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941*, Freiburg 1988. Die deutsche Übersetzung des jugoslawischen Weißbuchs von 1953 lautet: *Hendrik van Bergh, Genosse Feind. Unveröffentlichte Dokumente über die Rote Armee*, Bonn 1962.

¹⁹ Detlef Brandes, *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran*, München 1988; Josef Foschepoth, *Großbritannien, die Sowjetunion und die Westverschiebung Polens*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 34 (1983), S. 61-90; ders., *Die Oder-Neiße-Frage im Kalkül der britischen Außenpolitik 1941-1947*, in: *Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. 15. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. 1.-4. Juni 1982*, Beilage zum *Deutschland-Archiv*, Jg. 1982, S. 69-80; Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedensicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen-Zürich 1989; Albrecht Tyrell, *Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945*, Frankfurt a.M. 1987; Alfred M. de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, München 1980 (vgl. Anm. 8); *Dokumente zur Deutschlandpolitik (DDP)*, hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, I. Reihe, Bd. 1: 3. September 1939 bis 31. Dezember 1941. *Britische Deutschlandpolitik*, bearb. von Rainer A. Blasius. Bd. 2: 11. August 1941 bis 31. Dezember 1942. *Amerikanische Deutschlandpolitik*, bearb. von Marie-Luise Goldbach. Bd. 3: Januar bis 31. Dezember 1942. *Britische Deutschlandpolitik*, bearb. von Rainer A. Blasius, Frankfurt a.M. 1984-1989; *Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges*, ges. u. hg. von Gotthold Rhode und Wolfgang Wagner, Stuttgart 1959.

englischsprachigen Arbeiten von George Kacwicz, Jan Karski, Wojtech Mastny und Sarah Miklejohn Terry sowie die Quellensammlung von Antony Polonsky und Boleslaw Drukier Erwähnung verdienen.²⁰ Mit dem letzteren, dem diplomatiegeschichtlichen Komplex des Themas, soll unsere Darstellung beginnen.

²⁰ George V. Kacwicz, *Great Britain, the Soviet Union and the Polish Government in Exile (1939-1945)*, The Hague-Boston-London 1979; Jan Karski, *The Great Powers and Poland 1919-1945. From Versailles to Yalta*, Lanham-New York-London 1985; Wojtech Mastny, *Russia's Road to the Cold War. Diplomacy, Warfare, and the Politics of Communism, 1941-1945*, New York 1979, dt.: *Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa*, München-Wien 1980; Sarah Miklejohn Terry, *Poland's Place in Europe. General Sikorski and the Origin of the Oder-Neisse Line, 1939-1943*, Princeton/N. J. 1983; Antony Polonsky/ Boleslaw Drukier, *The Beginnings of Communist Rule in Poland*, London, Boston 1980, ebenso: Antony Polonsky, *The Great Powers and the Polish Question 1941-1945. A Documentary Study in Cold War Origins*, London 1976.

2. Die Vorgeschichte der Oder-Neiße-Linie und des Vertreibungsgedankens im Rahmen der Diplomatiegeschichte des Zweiten Weltkriegs

2.1. Die schrittweise Aushöhlung der Prinzipien der Atlantikcharta seit dem Frühjahr 1942 in London und Washington

Am 12. August 1941 hatten der britische Premierminister Winston Churchill und der amerikanische Präsident Roosevelt an Bord des US-Kriegsschiffs ‚Augusta‘ in der Placentia Bay auf Neufundland jene Leitlinien festgelegt, die als die sogenannte Atlantikcharta der internationalen Öffentlichkeit bekannt wurden und als gemeinsame Richtschnur des politischen Handelns für die Dauer des Krieges gelten sollten. Nach der in Punkt 1 abgegebenen Versicherung, beide Länder strebten weder eine Erweiterung ihrer Territorien noch ihrer Einflußsphären an, hieß es unter Punkt 2: „Sie wünschen keine Gebietsveränderungen, die nicht mit den frei erklärten Wünschen der beteiligten Völker in Einklang stehen.“¹

Die amerikanische Seite war, was den letzten Punkt betraf, schon seit 1932 durch die Erklärung ihres Außenministers Stimson, der sogenannten Stimson-Doktrin, in grundsätzlicher Weise dahingehend gebunden, daß die Vereinigten Staaten keine durch Krieg entstandenen territorialen Veränderungen zu akzeptieren bereit seien.² Der amerikanische Präsident hatte Churchill sogar darauf festlegen wollen, gegenüber Dritten „keine Verpflichtungen in bezug auf Territorien, Bevölkerung oder Wirtschaft für den Nachkriegsfrieden“ einzugehen, und vorgeschlagen, diese Abmachung auch der Öffentlichkeit mitzuteilen.³ Die britische Seite lehnte es jedoch mit Rücksicht auf die in London ansässigen Exilregierungen ab, sich öffentlich zum Grundsatz des strikten Verzichts auf die Erörterung von Nachkriegsfragen zu bekennen, da eine solche Erklärung den Widerstandswillen in den von Deutschland besetzten Staaten schwächen würde.⁴ Ungeachtet dessen hatte Churchill schon im September 1940 vor dem englischen Un-

¹ Zum Text siehe Europa-Archiv, 2. Jg. (1947), S. 343. Vgl. dazu Winston S. Churchill, *Amerika im Krieg*, Stuttgart-Hamburg 1951 (= *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. III, 2), S. 81 f. ebenso Brandes, *Großbritannien*, S. 226.

² Zur ‚Stimson-Doktrin‘ siehe: R. N. Current, *The Stimson Doctrine and the Hoover Doctrine*, in: *American Historical Review* (AHR), 59 (1953/54).

³ *Foreign Relations of the United States (FRUS)*. *Diplomatic Papers 1941*, Bd. 1: *General. The Soviet Union*, Washington 1958, S. 342.

⁴ *Ebd.*, S. 345 ff.

terhaus erklärt: „We have not at any time adopted, since the war broke out, the line, that nothing could be changed in the territorial structure of various countries. On the other hand, we do not propose to recognize any territorial changes which take place during the war, unless they take place with the free consent and goodwill of the parties concerned.“⁵

Die ersten Einwände und Widersprüche wurden bereits in den Wochen nach Unterzeichnung der Charta von Seiten der in London ansässigen Exilregierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens laut. Alle drei waren sich einig, das Dokument jeweils im Sinne ihrer Interessen auszulegen, und meldeten in Schreiben an das Foreign Office ihre Vorbehalte an. Die polnische Regierung erbat sogar eine schriftliche Zusage, daß der zweite Grundsatz der Charta nicht zu streng ausgelegt werde, da er in erster Linie die alliierten, befreundeten und neutralen Nationen schützen solle.⁶ Sie sah bei dessen strikter Anwendung ihren bereits angemeldeten territorialen Mindestanspruch auf Danzig und Ostpreußen gefährdet und forderte, daß bei der Grenzziehung außer ethnischen auch strategische und wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden müßten. Die Charta sei im Sinne „der fundamentalen und vitalen Interessen“ Polens zu interpretieren, insbesondere sollte durch die Nachkriegsgrenzen, wie Polens Exilaußenminister Raczyński gegenüber seinem britischen Kollegen Eden äußerte, „Polens Lebensbedürfnis nach einem breiten, gegen ausländische Einmischung genügend geschützten Zugang zum Meer gesichert werden“. Strategische Sicherheit, so die exilpolnische Seite gegenüber der US-Regierung in Washington, bedeute für Polen zu allererst die Auflösung der deutschen Enklave in Ostpreußen.⁷

Am 24. September 1941 bekannte sich auf einem interalliierten Treffen in London auch die Sowjetunion formell zu den Prinzipien der Atlantikcharta. Ihr Londoner Botschafter Majskij legte zwar ein formelles Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker ab, jedoch unter dem Vorbehalt, daß „die praktische Anwendung dieser Grundsätze notwendigerweise den Umständen, Bedürfnissen und geschichtlichen Besonderheiten der einzelnen Länder angepaßt werden müßte.“⁸ Drei Monate später setzte Sowjetbotschafter Litwinov in Washington seine Unterschrift unter die 26-Mächte-Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942, die in ihrem Text ausdrücklich auf die Atlantikcharta Bezug nahm. Zu diesem

⁵ Documents on Polish-Soviet Relations (DPSR), 1939-1945, hg. vom General Sikorski Historical Institute London, Bd. I: 1939-1943, London, Melbourne, Toronto 1961, Dok. 79.

⁶ Brandes, Großbritannien, S. 226.

⁷ Ebd., S. 226 f.

⁸ Boris Meissner, Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht, Köln 1962, S. 99. Vgl. dazu Brandes, Großbritannien, S. 228 und Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung, S. 111.

Zeitpunkt war es gerade zwei Wochen her, daß Eden während seines Besuchs bei Stalin dessen Wunsch, über europäische Nachkriegsgrenzen – insbesondere über die sowjetische Westgrenze von 1941 – zu reden, mit dem Hinweis abgelehnt hatte, „im gegenwärtigen Zeitpunkt sei es der Regierung Seiner Majestät unmöglich, sich auf irgendwelche Nachkriegsgrenzen in Europa festzulegen“, da sie „diesbezüglich bereits Verpflichtungen gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten eingegangen“ sei.⁹ Churchill selbst legte kurze Zeit später in einem Telegramm an seinen Außenminister vom 8. Januar 1942 nochmals die britische Haltung zu diesem Problem in unmißverständlicher Klarheit dar, indem er schrieb: „Auf keinen Fall kann die Rede davon sein, daß Grenzen vor der Friedenskonferenz festgelegt werden.“ Mit dem Hinweis auf die besondere Prinzipienfestigkeit des amerikanischen Präsidenten in dieser Frage hob der britische Premier hervor, daß seiner Ansicht nach „unsere politische Zuverlässigkeit auf dem Spiel [steht], falls wir von den Grundsätzen der Atlantikcharta, zu denen sich auch Stalin bekannt hat, abgingen“. Verschiebungen des Gebietsstandes seien grundsätzlich erst nach Kriegsende zu regeln, „und zwar durch frei und fair durchgeführte Volksabstimmungen“. Keine britische Regierung, so schloß Churchill, an deren Spitze er stehe, dürfe „einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantikcharta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen“.¹⁰

Die Abkehr von dieser apodiktischen Haltung erfolgte bereits nach wenigen Wochen. Churchill hat diesen einschneidenden Sinneswandel in den ersten Wochen des Frühjahrs 1942 in seinen Erinnerungen beschrieben. Anlaß für die Änderung seiner Haltung war eine Neubewertung des sowjetischen Verbündeten im Lichte der militärischen Entwicklung zu Anfang 1942. Da waren einerseits die rasanten Erfolge Japans im fernen Osten, die mit der Eroberung Singapurs am 15. Februar 1942 einen das gesamte Empire erschütternden Höhepunkt erreicht hatten.¹¹ Andererseits beeindruckten die unerwartete Widerstandskraft der Sowjets vor den Toren ihrer Hauptstadt und die Erfolge der Roten Armee bei ihrer anschließenden Winteroffensive gegen die deutsche Wehrmacht, wovon sich Eden durch einen Frontbesuch Mitte Dezember 1941 persönlich ein Bild machen konnte. Churchill spürte, wie er selbst bekannte, „unter dem Druck der Ereignisse die Unmöglichkeit, auf dem Standpunkt der reinen Moral zu beharren“.

⁹ Hans-Adolf Jacobsen, *Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939-1945*, Koblenz/Bonn 1979, Dok. 89.

¹⁰ Churchill, *Amerika im Krieg*, S. 367 f.

¹¹ Tyrell, *Großbritannien*, S. 65. Vgl. dazu Foschepoth, *Großbritannien*, S. 64 und Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung*, S. 124.

In dem Bewußtsein, auf dem Höhepunkt einer weltweiten, tödlichen Herausforderung zu stehen, die nur mit einem auf Dauer zuverlässigen sowjetischen Bundesgenossen zu bestehen sein würde, bekannte er sich zu seiner neuen Handlungsmaxime mit dem Satz: „In einem Ringen auf Leben und Tod ist es falsch, sich größere Lasten aufzubürden, als man im Kampf für eine große Sache tragen kann.“¹² In seinen Augen waren die Prinzipien der Atlantikcharta wegen ihrer Starrheit zu einer Belastung des für die Zukunft immer wichtiger werdenden Verhältnisses zu Moskau geworden, kurzum: zu einem Ballast, den es zugunsten flexiblerer und die eigene Aktionsfähigkeit weniger einschränkender Lösungen abzuwerfen galt.

Außenminister Eden hatte bereits in seinem Memorandum vom 28. Januar 1942 die neuen Überlegungen des Foreign Office zur Politik gegenüber der Sowjetunion zusammengefaßt. Dieses Memorandum, zweifellos ein Schlüsseldokument für die britische Politik innerhalb der ‚Anti-Hitler-Koalition‘, ist wegen seines alternativlosen Grunddogmas einer guten Zusammenarbeit mit Moskau von der neueren Forschung als „Appeasement-Charta“ (Lothar Kettenacker) bezeichnet worden.¹³ Der britische Außenminister ging davon aus, daß nach der Niederlage Deutschlands und der langfristigen Schwächung Frankreichs es auf Dauer in Europa kein Gegengewicht zur russischen Großmacht geben werde und zudem die Gefahr eines sowjetischen Alleinerfolgs wie die eines separaten Arrangements mit Berlin verhindert werden müsse. Er forderte deshalb, sich vorrangig auf ein Ziel zu konzentrieren: „die Herstellung enger Beziehungen zur Sowjetunion, deren Politik jetzt noch im Fluß ist, um soviel Einfluß wie nur möglich auf die Gestaltung ihres zukünftigen Kurses auszuüben“.¹⁴ Ausdruck dieser Einstellung war die von Eden selbst so formulierte Linie der „policy of acquiescence“. Mit ihr sollte beim amerikanischen Verbündeten wenigstens die stillschweigende Einwilligung zu den von Moskau geforderten territorialen Zusagen hinsichtlich seiner Westgrenze und des Baltikums erreicht werden, solange der amerikanische Präsident nicht bereit war, öffentlich von seiner unnachgiebigen Haltung zu Grenzregelungen vor einem Friedensschluß abzurücken. Dabei fürchtete London um nichts weniger als um sein politisches Überleben als Großmacht. Nur durch gleichermaßen gute Beziehungen zu Washington und Moskau glaubte England sich in seiner angeschlagenen Position zwischen den beiden stärkeren Flügelmächten auf Dauer behaupten zu können. Eine politisch-militärische Dominanz der UdSSR auf dem europäischen Kontinent oder ein direktes amerikanisch-sowjetisches Arrangement ließen London befürchten, zu einer zweitrangi-

¹² Churchill, Die Sturmflut aus Japan, Stuttgart 1952 (= Der Zweite Weltkrieg, Bd. IV, 1), S. 381.

¹³ Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung, S. 122.

¹⁴ DDP, I. Reihe, Bd. 3, S. XIV.